Lindau hoch

Nr. 47 **Lindau, November 2026**

‚So wird Frieden in der Ukraine möglich: Sie verzichtet verbindlich auf Mitgliedschaften in NATO und EU.‘



haben Sicherheitskräfte seit 2022 Tausende Menschen getötet, gefoltert, sexualisierter Gewalt ausgesetzt oder willkürlich inhaftiert, weil sie für ihre Menschenrechte und grundlegende politische Veränderungen demonstriert haben. Die iranischen Behörden, die für diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sind, sind bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Stattdessen werden Überlebende und Angehörige, die Gerechtigkeit fordern, selbst verfolgt und eingeschüchtert. Die Straflosigkeit muss ein Ende haben!
Unterschriftenaktion online: https://action.amnesty.at/petition/iran-gerechtigkeit?mtm_campaign=iran

Für ausreichende Schulsozialarbeit an allen öffentlichen Schulen auch in Lindau

Auf Initiative der LINKEN im Kreistag Lindau stellten 14 Kreistagsmitglieder aus GRÜNEN, LINKE, ÖDP und SPD am 12. Oktober, ergänzt am 21.10 2026, folgenden Antrag an den Kreistag und dessen Haushaltsausschuss: „Verlässliche Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) – Wiederbesetzung und Aufstockung der aktuellen Schulsozialarbeitsstelle am Valentin-Heider-Gymnasium und Bogy, Lindau: 1. Der Landkreis beschließt, die vakante Stelle der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) am Valentin-Heider- und am Bodensee-Gymnasium schnellstmöglich, nicht auf Kosten der Schulsozialarbeit an anderen Schulen im Landkreis und unbefristet wieder zu besetzen. Die bisherige Zwischenlösung seit Sommer 2026 wird als nicht ausreichend bewertet.
2. Der Stellenumfang der Schulsozialarbeit am Valentin-Heider- und Bodensee-Gymnasium wird künftig auf jeweils mindestens 50 Prozent einer Vollzeitstelle erhöht, bzw. festgelegt, um den kontinuierlichen und verlässlichen Betreuungsbedarf an der jeweiligen Schule abzudecken.
3. Der Landkreis setzt sich gegenüber dem Freistaat Bayern dafür ein, dass die Fördermöglichkeiten der aktuellen Förderrichtlinie zur JaS ausgeschöpft werden und der Freistaat die personellen und finanziellen Voraussetzungen für bedarfsgerechte Schulsozialarbeit an allen Schularten, einschließlich der Gymnasien dauerhaft sicherstellt.
4. Der Landkreis legt dem Kreistag bis zur nächsten Sitzung einen Bericht vor, aus dem hervorgehen:
- der aktuelle Personalschlüssel der JaS-Stellen an allen Schulen im Landkreis Lindau,
- die durch den Freistaat geförderten Anteile und die vom Landkreis zu tragenden Kosten,
- ein Konzept, wie unbesetzte JaS-Stellen im Landkreis kurzfristig besetzt werden können…“.

20. November 2026: Internationaler Jugend- und Studierenden-Streik gegen Aufrüstung und Krieg

„Die Militarisierung tritt durch militärische Rekrutierung, Rüstungsforschung und Partnerschaften mit Institutionen, die an Krieg und Völkermord mitschuldig sind, in unsere Schulen und Universitäten ein. Es normalisiert Gewalt, stärkt patriarchalische Strukturen und stärkt die extreme Rechte, während die Regierungen darauf bestehen, dass es keine Alternative gibt und uns das Märchen der „Verteidigung“ verkaufen, um alles zu rechtfertigen. Aber wir wissen, dass Aufrüstung Konflikte nicht verhindert, sondern eskaliert. Wir lehnen diese Zukunft ab…“. Weitere Infos: https://youthstrike.org/?page_id=2;

YOUTH INTERNATIONAL STRIKE AGAINST WAR

OMAS GEGEN RECHTS BODENSEE

ogr.bodensee@web.de
www.omasgegenrechts-deutschland.org

Gedenkkundgebung für die Opfer der Reichspogromnacht vom November 1938 des NS-Faschismus in Lindau:

Am 9. November 2026, 16.00 h, vor der Peterskirche am Oberen Schrannenplatz auf der Insel Lindau

Die Preissteigerungen verlangen nach einem finanziellen Ausgleich: 5% mehr Lohn!



Auch die Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) in Bayern fordert im aktuellen Tarifkampf eine Lohnerhöhung von 5 % für alle Lohnabhängigen in der Metall- und Elektroindustrie im Land. Für die Auszubildenden wird eine lineare Entgelderhöhung von monatlich 110,- Euro gefordert. Die kämpfenden Kolleginnen und Kollegen benötigen unsere Solidarität im Kampf.



Nein zur rassistischen Propaganda!

Am 29. November 2026 findet auf dem ***Lindenberger Stadtplatz*** eine regionale antifaschistische Protestkundgebung gegen den für diesen Tag geplanten Auftritt der AfD-Chefdemagogin Alice Weidel im städtischen „Löwensaal“ statt.
Nähere aktuelle Informationen unter: https://allgaeu.demoticker.org;
Das Motto lautet: „Wir stehen auf gegen rechte Hetze und machen uns stark für eine demokratische, bunte und vielfältige Gesellschaft.“

Was ist tatsächlich los in den Krankenhäusern?



Über Krankenhäuser wird viel gesprochen. Wir fragen die Beschäftigten. Was braucht es für gute Arbeit und gute Versorgung im Krankenhaus? Machen Sie sichtbar, was sich im Krankenhaus ändern muss: Teilen Sie anonym Ihre Erfahrungen aus dem Arbeitsalltag mit – unabhängig von Berufsgruppe und ohne gesundheitspolitische Vorkenntnisse.
Im Fokus stehen Personal und Arbeitsbedingungen, Finanzierung, Versorgung und Qualität sowie Mitbestimmung und Veränderung. Die Befragung bündelt Erfahrungen, macht Zusammenhänge erkennbar und zeigt, wo aus Sicht der Beschäftigten betrieblicher und politischer Handlungsbedarf besteht. ***Kontakt:*** https://krankenhausbefragung.de/:
Dauer ca. 20-30 Minuten, für alle Berufsgruppen, ohne Namen und Kontaktdaten.



Mietendeckel jetzt! Abzocke stoppen.

Wir alle verdienen ein sicheres und bezahlbares Zuhause. Doch die Mieten explodieren, während unsere Einkommen kaum steigen. Wenn immer mehr Geld für die Miete draufgeht, bleibt immer weniger für einen vollen Kühlschrank, die Fahrt zur Kita oder den Abend im Kino. Verdrängung aus dem eigenen Viertel droht. Doch selbst wer umziehen will, findet keine bezahlbare, angemessene Wohnung und muss weite Pendelwege in Kauf nehmen. Aber: Hohe Mieten sind kein Naturgesetz!
Das ist der Mietendeckel:

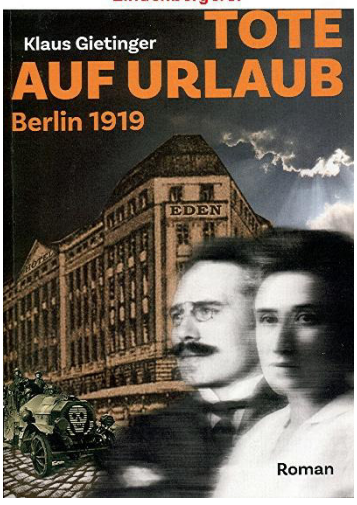
1 Sofort Mieten bundesweit einfrieren. So werden Mietsteigerungen kurzfristig gestoppt.

2 Lokale Mietobergrenzen einführen. Kein Vermieter darf drüber – weder durch Mieterhöhungen noch bei Neuvermietung.

3 Überhöhte Mieten werden abgesenkt. War eine Miete schon übermäßig hoch, wird sie gesenkt.

Große Immobilienkonzerne und dreiste Vermieter erhöhen schamlos die Mieten und quetschen uns so Monat für Monat ein bisschen mehr aus. Das können sie nur, weil die Bundesregierung sie machen lässt. Sie rollt ihnen den roten Teppich aus und baut Miet-Gesetze so, dass sie zahnlos sind. CDU und SPD schauen zu, statt uns Mieter*innen wirksam vor Preisexplosion und Verdrängung zu schützen. So nicht! ***DIE LINKE.***

Und zu Weihnachten?
Spannnder Lesestoff eines Lindenbergers:



V.i.S.d.P.: ***DIE LINKE***, 88131 Lindau, **Kontakt**: www.die-linke-allgäu.de;
Redaktionsschluss: 21. Oktober 2026,
https://www.instagram.com/dielinkelindau/, Büroadresse: In der Brandstatt 9a, 87435 Kempten/Allg.